

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Gökyak Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/5208 –**

Berichte über Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Binnengrenzen

Vorbemerkung der Fragesteller

Laut Berichten von Rechtsanwältinnen und Menschenrechtsorganisationen gegenüber den Fragestellenden soll es an der deutsch-tschechischen Grenze wiederholt zu Zurückweisungen von syrischen Geflüchteten gekommen sein, obwohl diese der Bundespolizei klar mitgeteilt hätten, dass sie einen Asylantrag stellen möchten. Die Betroffenen seien außerdem mit einem Einreise- und Aufenthaltsverbot belegt worden. Aus Sicht der Fragestellenden steht der Verdacht im Raum, dass es sich dabei um illegale Pushbacks von Schutzsuchenden handelte. Die Bundespolizei habe die Zurückweisungen anwaltlichen Berichten zufolge damit gerechtfertigt, dass die Betroffenen angegeben hätten, sie seien wegen Arbeit und der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Deutschland gekommen und nicht, um einen Asylantrag zu stellen. Dies widerspricht jedoch den Darstellungen der Betroffenen gegenüber den Rechtsanwältinnen und Menschenrechtsorganisationen. Zahlen, die das Bundesministerium des Innern und für Heimat auf Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger veröffentlicht hat (Antwort auf die Schriftliche Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 20/4434), zeigen, dass sich Zurückweisungen von Syrerinnen und Syrern an der deutsch-tschechischen Grenze 2022 im Vergleich zum Vorjahr vervielfacht haben: Von Januar bis September 2022 wurden an dieser Grenze insgesamt 108 syrische Staatsangehörige zurückgewiesen, während es im Gesamtjahr 2021 nur 20 waren. Nach Einschätzung der Fragestellenden deutet dies darauf hin, dass es sich bei den aus der anwaltlichen Praxis berichteten Zurückweisungen nicht um Einzelfälle handelt.

Vor einigen Monaten hatte es bereits Berichte über eine Einreiseverweigerung und anschließende Zurückweisung von mindestens zwei jemenitischen Staatsbürgern durch die Polizeidirektion Görlitz gegeben (<https://taz.de/Zurueckgewiesene-Gefluechtete-in-Goerlitz/!5871254/> sowie Antwort auf die Schriftliche Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 20/3470). Auch in diesem Fall gab die Bundespolizei an, sie habe eine Einreisebefragung durchgeführt, wobei sich keine Hinweise auf das Vorliegen eines Schutzgesuchs ergeben hätten. Einer der Betroffenen berichtet dagegen, er habe mehrfach gesagt, er wolle Asyl beantragen. Die Antwort der Bundesregierung zu einer früheren Anfrage deutet aus Sicht der Fragestellenden auf eine Zunahme potentiell rechtswidriger Zurückweisungen von Asylsuchenden durch die Bundespolizei hin. Gefragt worden war nach der Zahl der Zurückweisungen von Personen aus den 15 wich-

tigsten Asylherkunftsländern an der deutsch-polnischen Grenze seit Anfang 2021. Die absoluten Zahlen sind zwar gering (2021: 12, Januar bis Juli 2022: 27), haben sich aber 2022 im Vergleich zum Vorjahr aufs Jahr hochgerechnet fast vervierfacht. Unter den Betroffenen im Jahr 2022 waren neben den zwei jemenitischen Staatsbürgern auch acht Personen aus Afghanistan und eine Person aus Syrien (Antwort zu Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 20/3470). Berichte über Zurückweisungen von Asylsuchenden gibt es nach Kenntnis der Fragestellenden auch von der deutsch-österreichischen Grenze.

Die Fragestellenden sehen die Zunahme von Zurückweisungen von Personen aus wichtigen Asylherkunftsländern wie Afghanistan und Syrien mit großer Sorge. Nach ihrer Rechtsauffassung verbieten sich Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen nach europäischem und internationalem Flüchtlingsrecht (https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publicationen/Stellungnahme_Zurueckweisungen_von_Fluechtlingen_a_n_der_Grenze_Zweite_Auflage.pdf). Wenn Menschen ein Asylgesuch äußern, müssen sie zunächst registriert werden. Anschließend muss in einem Dublin-Verfahren ermittelt werden, ob Deutschland oder ein anderer Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist.

Unklarheiten gibt es aus Sicht der Fragestellenden ferner zur statistischen Erfassung von unerlaubten Einreisen, aufenthaltsbeendenden bzw. einreiseverhindernden Maßnahmen und registrierten Asylgesuchen. In ihrer Antwort auf die Schriftliche Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 20/4141 gab die Bundesregierung an, dass von Januar bis August 2022 fast 45 000 Personen bei der unerlaubten Einreise festgestellt wurden. Im „unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang“ seien fast 20 000 aufenthaltsbeendende bzw. aufenthaltsverhindernde Maßnahmen „initiiert“ worden. Ob diese „letzten Endes vollzogen werden konnten“, könne nicht gesagt werden. Dies führte zu einer Nachfrage der Abgeordneten Clara Bünger, denn dass gegenüber fast jeder zweiten unerlaubt eingereisten Person mit syrischer Staatsangehörigkeit aufenthaltsbeendende bzw. aufenthaltsverhindernde Maßnahmen eingeleitet worden waren (in 4 150 von 8 303 Fällen), bedürfe der Erklärung, schließlich würden syrische Asylsuchende zu fast 100 Prozent als schutzbedürftig anerkannt, sodass zu vermuten sei, dass sie bei einem Aufgriff durch die Bundespolizei ein Asylgesuch stellen würden, was aufenthaltsbeendenden Maßnahmen entgegenstehe (vgl. Antwort auf die Schriftliche Frage 24 auf Bundestagsdrucksache 20/4776). Die Bundesregierung erklärte hierzu, dass „nicht auszuschließen“ sei, dass durch ein späteres Asylgesuch „die ursprünglich vorgesehene einreiseverhindernde bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahme[n] nicht mehr vollzogen wird“ (ebd.); „im Zusammenhang“ mit diesen beabsichtigten Maßnahmen hätten 241 von 19 702 Personen „zugleich“ ein Asylgesuch gegenüber der Bundespolizei gestellt, darunter 46 syrische Staatsangehörige. Dass nur 46 von 4 150 syrischen Geflüchteten bei einem Aufgriff durch die Bundespolizei ein Asylgesuch gestellt haben sollen, d. h. nur etwa einer von 100 Betroffenen, erscheint den Fragestellenden angesichts der hohen Anerkennungschancen syrischer Flüchtlinge extrem unwahrscheinlich. Die Bundesregierung erklärte weiterhin (ebd.), dass nach Feststellung einer unerlaubten Einreise „weitere“ Maßnahmen getroffen würden, etwa eine Einreisebefragung, bei der festgestellt werden könne, ob die Person um Schutz nachsuche, soweit erforderlich würden dafür „Dolmetscher hinzugezogen“. Bei einem Asylgesuch würden die Betroffenen dann „grundsätzlich an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet“, andernfalls würden einreiseverhindernde bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahmen geprüft bzw. vollzogen. Für die Fragestellenden wird aufgrund dieser Ausführungen nicht klar, ob aufenthaltsbeendende bzw. einreiseverhindernde Maßnahmen „im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zur Feststellung der unerlaubten Einreisen“ erfolgen, wie die Bundesregierung zunächst erklärte, oder ob diese Maßnahmen erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, d. h. nach einer Einreisebefragung und wenn geklärt ist, ob ein Asylgesuch gestellt werden soll – und wann und wie diese Vorgänge jeweils statistisch erfasst werden.

1. Wie viele Zurückweisungen gab es an deutschen Grenzen seit 2018, und wie viele Zurückweisungen von Menschen aus den 15 wichtigsten Asylherkunftsländern gab es an deutschen Grenzen seit 2018 (bitte nach Jahren, den jeweiligen Grenzen bzw. Nachbarstaaten und nach Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Seit 2018 wurden gemäß Polizeilicher Eingangsstatisik der Bundespolizei (PES) 84 179 Personen an deutschen Grenzen zurückgewiesen. Die erbetene Aufschlüsselung nach Grenzen, den 15 häufigsten Asylherkunftsländern (HKL) im Jahr 2022 sowie Staatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Übersichten entnommen werden:

Grenze	2018		2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL
Belgien	0	0	0	0	11	5	18	6	86	33
Dänemark	0	0	0	0	2.239	468	7	4	42	34
Flughäfen	5 851	3 082	7 278	3 604	7 257	2 177	4 790	2 341	6 334	2 971
Frankreich	0	0	38	23	2.402	760	145	54	312	152
Luxemburg	0	0	1	1	76	38	0	0	32	15
Niederlande	0	0	9	1	40	14	61	26	86	51
Österreich	6 208	4 616	6 299	4 542	7 233	5 032	7 672	5 843	14 675	9 980
Polen	0	0	1	0	11	2	22	12	55	27
Schweiz	0	0	49	33	186	96	94	55	3 644	2 914
Seehäfen	20	9	3	0	187	39	42	36	62	52
Tschechische Republik	0	0	11	11	48	37	332	170	210	194

Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Afghanistan	702	724	854	1 381	5 094
Ägypten	124	123	117	109	265
Albanien	1 389	1 706	1 571	1 593	1 448
Algerien	85	122	164	117	276
Angola	44	25	16	9	45
Antigua u. Barbuda	1				
Äquatorialguinea	1	6	1	4	3
Argentinien	34	49	36	25	65
Armenien	29	30	36	23	68
Aserbajdschan	35	39	25	36	70
Äthiopien	35	40	20	19	34
Australien	7	1	18	7	6
Bahrain	3	6	4	9	7
Bangladesch	48	60	55	33	75
Barbados		1			
Belgien			5		1
Belize	2				2
Benin	9	11	9	3	18
Bolivien	12	9	5	5	21
Bosnien-Herzegowina	193	287	427	448	461
Botsuana		1		1	1
Brasilien	151	231	253	187	316
Bulgarien	2	3	1 151	10	2
Burkina Faso	7	16	7	7	14

Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Burundi	5		5		264
Chile	25	21	16	6	34
China	172	250	127	82	131
Costa Rica	13	11	11	7	7
Côte d'Ivoire	25	29	26	21	31
Dänemark			1 045		
Dominica		1	19	12	21
Dominikanische Republik	44	47	12	8	21
Dschibuti		2	3		1
Ecuador	13	32	14	10	17
El Salvador	19	10	8	6	8
Eritrea	99	82	67	64	115
Estland			3		
Finnland			4		
Frankreich	1		193	7	19
Gabun	1	3			1
Gambia	122	114	108	54	72
Georgien	524	650	378	305	404
Ghana	115	139	67	44	100
Grenada		1		1	
Griechenland	1	1	30	5	
Großbritannien	1	4	130	227	52
Guatemala	7	7	4	3	3
Guinea	37	28	30	21	77
Guinea-Bissau	14	13	13	6	6
Guyana	1	2			3
Haiti	3	2	1	2	15
Honduras	17	50	20	1	19
Hongkong (SAR VC)		1	1	1	
Indien	176	199	131	168	1 183
Indonesien	28	13	12	1	32
Irak	358	410	500	415	463
Iran	261	240	171	109	241
Irland			44	8	1
Island			3		
Israel	9	22	60	27	21
Italien		1	159	11	
Jamaika	8	12	8	1	11
Japan	7	5	32		3
Jemen	9	22	13	15	39
Jordanien	23	19	9	25	39
Kambodscha		3	2	1	3
Kamerun	46	61	56	33	53
Kanada	7	18	69	27	16
Kap Verde	2		3	2	
Kasachstan	50	76	43	13	34
Katar	14	7	1	7	9
Kenia	9	15	4	4	9
Kirgisistan	15	6	5	11	27
Kolumbien	313	593	142	55	182
Komoren	3	2			
Kongo, Dem. Republik	33	43	19	23	62

Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Kongo, Volksrepublik	5	9	3	2	8
Korea, Dem. Volksrepublik	2				
Korea, Republik	4	3	22	6	5
Kosovo	188	187	286	226	287
Kroatien			165	2	2
Kuba	53	37	32	10	75
Kuwait	28	18	10	14	17
Laos		7	1		3
Lettland			25	7	1
Libanon	49	34	34	60	148
Liberia	12	7	3	4	6
Libyen	58	41	78	61	169
Litauen	1	1	92	2	
Madagaskar	1	1	2		1
Malawi	1	1			
Malaysia	3	29	5	12	17
Mali	26	27	26	18	16
Malta			1		
Marokko	208	214	224	258	754
Mauretanien	5	7	2		3
Mauritius	16	8	1	1	5
Mexiko	62	68	78	35	50
Moldau	423	392	849	247	365
Mongolei	12	7	8	8	39
Montenegro	82	90	90	73	71
Mosambik	2	1	2		1
Myanmar		4	2	1	1
Namibia	6	4	7	2	4
Nepal	8	4	13	40	96
Neuseeland		2	2	2	
Nicaragua	39	17	3	28	97
Niederlande	1	8	24	9	2
Niger	2	12	6	9	5
Nigeria	878	689	324	214	271
Nordmazedonien	602	540	477	493	530
Norwegen			13		
Oman	16	2	1	1	6
Österreich			43	19	1
Pakistan	270	272	186	196	588
Palästina	26	7	1	10	46
Panama	3	14	1		
Papua-Neuguinea				1	
Paraguay	33	13	9	15	35
Peru	48	103	33	14	95
Philippinen	39	32	33	15	42
Polen			142	8	10
Portugal			12	3	
Ruanda	4	3	1	1	3
Rumänien	15	17	1 573	67	17
Russland	452	455	344	306	385
Saint Kitts und Nevis	4	4		4	7
Sambia		4	4		2

Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Sao Tomé und Príncipe		1			1
Saudi-Arabien	77	67	7	24	37
Schweden			80		1
Schweiz			23	3	1
Senegal	61	40	29	24	38
Serbien	895	989	859	581	641
Seychellen		2			1
Sierra Leone	17	14	14	3	14
Simbabwe	11	20	3	4	13
Singapur	3	2	12	3	10
Slowakische Republik			14	6	1
Slowenien		1	13		
Somalia	127	92	138	127	163
Spanien			92	3	1
Sri Lanka	21	30	28	24	35
St. Vincent & Grenadine		2			2
staatenlos	19	85	109	94	92
Südafrika	26	23	17	8	32
Sudan	22	25	26	18	37
Südsudan		2			2
Suriname				3	1
Syrien	294	426	1 414	1 968	3 528
Tadschikistan	25	30	7	3	20
Taiwan (Republik China)	5	17	5	2	6
Tansania	6	6	1	4	5
Thailand	29	21	16	4	27
Timor-Leste	1				6
Togo	10	9	19	7	13
Tonga		1			
Trinidad und Tobago	4	5	2		
Tschad	2	9	4	3	8
Tschechische Republik				25	1
Tunesien	141	122	179	210	1 278
Türkei	433	548	536	548	2 187
Turkmenistan		6	1		15
Uganda	6	10	6	2	4
Ukraine	395	664	1 511	624	469
Ungarn		2	52	4	3
ungeklärt	17	1	101	82	68
Uruguay	1	4	1	2	1
Usbekistan	13	18	23	26	69
Vanuatu			1		8
Venezuela	92	107	42	49	61
Vereinigte Arabische Emirate	12	5	1	10	16
Vereinigte Staaten von Amerika	20	55	287	192	104
Vietnam	28	31	38	80	61
Weißrussland	33	42	81	33	28
Zentralafrikanische Republik	3	3		1	2
Zypern			10		

2. Wie verteilen sich die Zurückweisungen an deutschen Grenzen seit 2018 auf die verschiedenen Bundespolizeidirektionen (bitte auch nach Jahren differenzieren)?

Die erbetene Aufschlüsselung nach Bundespolizeidirektionen kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden (PES):

Bundespolizeidirektion	2018	2019	2020	2021	2022
BPOLD Bad Bramstedt	6	1	2 426	46	119
BPOLD Berlin	617	993	817	528	599
BPOLD Flughafen Frankfurt am Main	2 808	3 475	2 724	1 604	2 404
BPOLD Hannover	248	258	352	251	283
BPOLD Koblenz	64	46	415	200	387
BPOLD München	6 657	6 993	7 878	8 258	15 283
BPOLD Pirna	31	81	57	148	168
BPOLD Sankt Augustin	1 136	1 286	2 103	1 221	1 431
BPOLD Stuttgart	234	351	2.591	610	4 559
Grenzpolizeilich beauftragte Behörden	278	205	327	317	305

3. Wie viele begleitete und unbegleitete Minderjährige (bitte differenzieren) waren seit 2018 von Zurückweisungen betroffen (bitte nach Jahren differenzieren)?

Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden in den genannten Zeiträumen an den deutschen Grenzen festgestellt (bitte nach Grenzen sowie nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten), und wie viele von ihnen wurden in die Obhut der Jugendämter gegeben?

Eine statistische Erhebung des Alters der von Zurückweisungen betroffenen Personen erfolgt im Rahmen der PES erst seit dem Jahr 2019. Demnach wurden von 2019 bis 2022 insgesamt 3 294 unbegleitete Minderjährige an deutschen Grenzen zurückgewiesen. Demgegenüber stehen im selben Zeitraum 4 460 Minderjährige, die in Begleitung eines Erziehungsberechtigten zurückgewiesen wurden. Eine entsprechende Aufschlüsselung nach Jahren kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

	2019	2020	2021	2022
unbegleitet	194	256	703	2 141
begleitet	974	1 177	865	1 444

Bei der Zurückweisung unbegleiteter ausländischer Minderjähriger wird den internationalen Schutzvorschriften und damit auch der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls vollumfänglich Rechnung getragen. So sind beispielsweise die zuständigen Behörden des Zielstaates rechtzeitig zu unterrichten. Die Grenzbehörde vergewissert sich zudem, dass die unbegleiteten Minderjährigen den gesetzlichen Vertretern, einem Mitglied der Familie oder einer geeigneten Aufnahmeeinrichtung im Zielstaat übergeben werden.

Von 2018 bis 2022 wurden von der Bundespolizei und den mit der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden 15 118 alleinreisende Minderjährige festgestellt. Die erbetene Aufschlüsselung nach Grenzen kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Grenze	2018		2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL
Belgien	313	74	247	36	169	28	153	42	299	108
Dänemark	160	78	69	36	56	18	37	8	43	13
Flughäfen	50	32	113	48	64	31	61	48	138	115
Frankreich	434	128	302	66	293	100	345	110	571	312
Luxemburg	20	4	13	2	18	8	30	5	45	24
Niederlande	24	7	41	14	74	8	86	14	96	43
Österreich	315	241	536	471	539	490	1 330	1 256	2 585	2 393
Polen	17	3	22	9	22	16	261	245	565	429
Schweiz	406	234	100	39	65	23	206	113	1 680	1 492
Seehäfen	73	52	21	12	12	9	7	7	1	1
Tschechische Republik	59	40	53	40	121	109	321	312	911	874
ungeklärt			36	17	47	34	100	83	343	309

Von den 15 118 festgestellten alleinreisenden Minderjährigen wurden 10 027 in die Obhut des Jugendamtes übergeben. Eine Aufschlüsselung nach Grenzen und Jahren kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Grenze	2018		2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL
Belgien	310	73	226	31	146	22	140	35	283	101
Dänemark	160	78	56	30	41	12	26	6	41	11
Flughäfen	39	25	43	24	23	18	21	17	101	97
Frankreich	418	125	237	50	194	70	212	74	437	264
Luxemburg	20	4	9	1	13	4	24	4	41	22
Niederlande	21	7	25	11	39	2	47	11	71	27
Österreich	188	146	232	212	195	179	503	482	795	748
Polen	11	3	9	7	13	7	186	175	550	416
Schweiz	368	208	70	27	43	15	170	96	1 376	1 240
Seehäfen	73	52	20	11	11	8	5	5	1	1
Tschechische Republik	51	38	35	26	90	82	248	244	824	797
ungeklärt			32	17	38	29	89	78	337	303

4. Was waren die Gründe der Zurückweisungen 2022 (bitte nach Zurückweisungsgründen und den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Eine Aufschlüsselung der im Jahr 2022 vollzogenen Zurückweisungen nach deren Gründen und den wichtigsten Staatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Übersichten entnommen werden (PES):

Gesetz	Zurückweisungsgrund	Gesamt
AsylG	§ 18 Absatz 2	55
	§ 18a Absatz 3 unbegründeter Asylantrag	95
AufenthG	(A) ohne gültige(s) Reisedokument	14 960
	(B) im Besitz eine falschen, ge- oder verfälschten Reisedokuments	170
	(C) ohne gültiges Visum oder gültigen Aufenthaltstitel	4 693
	(D) im Besitz eines falschen, ge- oder verfälschten Visums oder Aufenthaltstitels	90
	(E) verfügt nicht über die erforderlichen Dokumente zum Nachweis von Aufenthaltzweck und -bedingungen	1 263
	(F) hat sich bereits 90 Tage innerhalb eines Zeitraumes von 180 Tagen im Gebiet der Schengenstaaten aufgehalten	935
	(G) verfügt nicht über ausreichende Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts	618
	(H) Ausschreibung zur Einreiseverweigerung	1 338
	(I) Gefahr für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit, die öffentliche Gesundheit oder die internationalen Beziehungen	1 273
FreizügG/EU	§ 6	48

Staatsangehörigkeit	Gemäß AufenthG									Gemäß AsylG		gemäß FreizügG/EU
	A	B	C	D	E	F	G	H	I	§ 18 Absatz 2	§ 18a Absatz 3	
Afghanistan	4 885	5	117	2	4	2	18	45	9	7		
Syrien	2 874	15	422	5	14	1	13	168	14	1	1	
Türkei	1 394	17	503	6	48	43	26	78	51	3	18	
Albanien	67	6	253	3	146	287	105	254	327			
Tunesien	1 115	12	108	4	10	4	2	15	8			
Indien	844	6	260	15	14	1	5	6	18	12	2	
Marokko	594	4	97	1	4	9	2	31	9	3		
Serbien	24	7	168	1	45	117	58	96	125			
Pakistan	437	5	119	2	1	1	7	10	5		1	
Nordmazedonien	19	1	72	1	48	82	47	78	182			
Ukraine	124		162	1	42	26	10	73	31			
Irak	331	5	75		3	6	1	25	11		6	
Bosnien-Herzegowina	16		141		34	84	34	25	127			
Georgien	29	3	82	2	46	74	52	70	45	1		
Russland	76	6	206	2	27	7	3	20	31	7		

5. Wie viele Feststellungen einer unerlaubten Einreise oder eines unerlaubten Aufenthalts (bitte auch im Folgenden differenzieren) gab es an deutschen Grenzen seit 2018, und wie viele Feststellungen einer unerlaubten Einreise oder eines unerlaubten Aufenthalts von Personen aus den 15 wichtigsten Asylherkunftsländern gab es an deutschen Grenzen seit 2018 (bitte nach Jahren, den jeweiligen Grenzen bzw. Nachbarstaaten und Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Die erbetenen Daten zu festgestellten unerlaubt eingereisten und aufhältigen Personen können den nachfolgenden Übersichten entnommen werden (PES):

Unerlaubt Eingereiste nach Grenzen										
Grenze	2018		2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL
Belgien	2 097	845	2 025	791	1 921	766	2 312	1 088	2 721	1 242
Dänemark	1 453	1 123	975	744	850	605	652	433	624	388
Flughäfen	10 289	4 391	11 222	4 392	6 487	2 448	11 583	7 215	12 361	5 166
Frankreich	3 736	1 749	3 505	1 671	4 517	2 281	4 816	2 353	5 579	2 913
Luxemburg	289	146	486	260	415	219	509	270	625	296
Niederlande	1 462	718	1 770	877	1 648	922	2 023	1 090	2 409	1 358
Österreich	11 464	8 486	10 227	7 368	10 253	7 313	12 596	9 937	22 824	16 277
Polen	2 061	717	1 917	732	2 168	1 080	14 679	12 531	15 198	10 359
Schweiz	4 062	2 382	2 724	1 654	1 601	743	2 512	1 527	10 472	7 651
Seehäfen	1 226	999	778	633	1 320	1 068	985	784	691	487
Tschechische Republik	4 295	2 943	4 441	2 753	3 787	2 537	4 224	2 921	16 071	13 899
ungeklärt	44	25	540	377	468	303	746	570	2 411	2 010

Unerlaubt Aufhältige nach Grenzen										
Grenze	2018		2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL	Gesamt	davon aus HKL
Belgien	23	9	10	2	8	5	12	8	18	5
Dänemark	254	158	195	122	147	86	303	181	499	363
Flughäfen	18 658	8 211	20 565	9 270	12 165	6 327	10 679	5 532	20 895	9 859
Frankreich	215	98	79	41	58	23	54	22	73	33
Inlandsfestst.	8 726	4 434	11 662	6 208	11 061	5 012	14 985	7 668	20 809	12 134
Luxemburg	83	44	5	2	2		3	3	9	1
Niederlande	94	49	39	17	74	38	137	83	223	135
Österreich	294	199	308	234	394	243	443	344	88	57
Polen	1 081	541	860	109	735	121	575	129	337	178
Schweiz	213	110	153	93	187	112	232	132	254	138
Seehäfen	322	266	188	144	86	68	108	89	202	156
Tschechische Republik	305	169	97	62	81	61	143	120	121	101
ungeklärt	0	0	75	47	106	51	60	33	32	22

Unerlaubt Eingereiste nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Afghanistan	3 354	2 875	3 256	9 503	14 981
Ägypten	444	325	282	436	2 126
Albanien	1 806	2 094	2 119	1 982	1 766
Algerien	929	931	1 141	1 536	1 995
Angola	129	123	57	89	160
Antigua und Barbuda	1			2	1
Äquatorialguinea	33	36	35	35	20
Argentinien	120	138	115	187	298
Armenien	215	200	118	179	300
Aserbaidschan	163	190	80	98	249
Äthiopien	232	217	122	132	216
Australien	8	3	3	1	5
Bahamas	1		2	1	4
Bahrain	11	7	5	10	16
Bangladesch	125	144	119	104	235
Barbados	5	1	1	3	
Belgien	0	3	3	1	3
Belize	2				3
Benin	31	45	26	40	49
Bhutan	2				
Bolivien	25	25	13	33	42
Bosnien-Herzegowina	374	449	554	477	570
Botsuana	3	6	3	2	3
Brasilien	86	144	96	61	59
Bulgarien	5	14	11	16	13
Burkina Faso	28	43	18	28	43
Burundi	11	7	12	10	966
Chile	29	33	22	20	24
China	919	1 068	682	290	705
Costa Rica	47	48	35	37	29
Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste)	242	185	112	159	190
Dominica	1	16	9	14	10
Dominikanische Republik	72	61	21	33	48
Dschibuti	5	2	4	4	8
Ecuador	76	72	18	24	62
El Salvador	14	25	11	5	8
Eritrea	894	435	253	381	473
Fidschi	1	1		2	2
Finnland			1		
Frankreich	3	2	13	13	8
Gabun	15	14	8	11	6
Gambia	660	492	394	281	296

Unerlaubt Eingereiste nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Georgien	807	972	895	1 317	1 852
Ghana	349	399	200	171	217
Grenada	1	6		2	5
Griechenland	1	2	4	2	3
Großbritannien	0	5	2	37	39
Guatemala	21	23	5	14	19
Guinea	755	642	375	317	469
Guinea-Bissau	109	82	44	44	43
Guyana	1	4	1	3	3
Haiti	3	8	6	16	19
Honduras	19	50	11	9	
Hong Kong				2	3
Indien	793	874	706	963	2 867
Indonesien	77	156	27	18	70
Irak	2 438	2 115	1 756	10 336	3 973
Iran	1 708	1 215	606	1 215	1 819
Irland				1	2
Israel	9	20	10	5	9
Italien	8	11	4	5	4
Jamaika	39	57	19	31	44
Japan	5	7	5	4	11
Jemen	122	122	76	593	949
Jordanien	86	74	38	83	126
Kambodscha	4	16	7	10	33
Kamerun	339	363	266	278	350
Kanada	6	13	4	9	10
Kap Verde (Cabo Verde)	7	3	5	4	7
Kasachstan	227	225	113	185	297
Katar	17	10	2	5	12
Kenia	73	91	32	39	82
Kirgisistan	31	28	31	19	63
Kolumbien	396	650	285	253	465
Komoren	2	3	6	4	12
Kongo (Dem. Republik)	184	168	99	154	276
Kongo (Volksrepublik)	11	38	20	19	47
Korea (Dem. Volksrepublik)	7	1			1
Korea (Republik)	35	49	12	17	24
Kosovo	639	652	565	540	642
Kroatien	0	3	3	3	
Kuba	173	142	82	54	457
Kuwait	55	52	53	53	53
Laos	10	13	3	2	2

Unerlaubt Eingereiste nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Lesotho	1	1		1	2
Lettland	3	6	8	5	7
Libanon	212	198	166	225	590
Liberia	62	43	13	38	26
Libyen	482	342	348	418	571
Litauen	9	6	8	5	5
Luxemburg			1		
Madagaskar	10	11	7	6	9
Malawi	9	13	3	1	11
Malaysia	14	20	16	12	22
Malediven					2
Mali	156	125	125	86	86
Marokko	1 132	1 152	991	1 337	2 041
Mauretanien	21	20	18	14	20
Mauritius	95	68	11	17	24
Mexiko	284	359	253	231	252
Moldau	954	829	1 295	1 003	1 045
Monaco		1	1	1	
Mongolei	48	54	189	250	327
Montenegro	111	147	96	77	78
Mosambik	28	13	5	12	13
Myanmar	11	19	32	30	32
Namibia	14	26	33	35	29
Nepal	19	23	25	25	132
Neuseeland	5	3			
Nicaragua	43	54	63	32	20
Niederlande	2	4	2	5	4
Niger	33	38	26	18	20
Nigeria	3 053	2 491	949	873	921
Nordmazedonien	792	700	622	476	531
Norwegen	0	1			
Oman	22	10	9	7	20
Österreich	1	2	2	1	3
Pakistan	1 044	936	617	648	1 164
Palästinensische Gebiete	124	29	21	141	351
Panama	11	16	2	1	2
Papua-Neuguinea	1	1			
Paraguay	45	31	26	33	40
Peru	91	136	88	43	121
Philippinen	127	149	85	99	258
Polen	46	21	49	51	49
Portugal	0		1	1	1

Unerlaubt Eingereiste nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Ruanda	21	9	6	38	28
Rumänien	22	48	41	51	44
Russische Föderation	1 286	1 201	713	788	1 403
Salomonen				1	1
Sambia	24	14	8	4	9
Sao Tome u. Principe		2	2	1	3
Saudi-Arabien	160	147	22	80	80
Schweden	0		1	3	1
Schweiz	2				1
Senegal	216	172	103	131	158
Serbien	1 455	1 385	1 242	964	873
Seychellen	2	2	1	1	
Sierra Leone	128	77	56	51	49
Simbabwe	57	44	24	15	48
Singapur	15	9	7	23	38
Slowakische Republik	3	2	3	9	3
Slowenien	1	2	1		
Somalia	936	645	486	599	626
Spanien	0			1	
Sri Lanka	88	87	61	80	140
St. Kitts und Nevis		2	1	1	2
St. Lucia				1	
St. Vincent u. Grenadinen		1			1
staatenlos	142	206	299	328	245
Südafrika	133	105	59	69	200
Sudan	311	218	137	144	283
Südsudan	12	7	6	19	10
Suriname	2	3	1	6	2
Swasiland	6	3			1
Syrien	2 000	2 282	3 816	8 102	21 525
Tadschikistan	79	53	36	65	305
Taiwan	28	34	29	18	31
Tansania	26	31	5	12	28
Thailand	127	129	99	122	232
Timor-Leste	1	4	1		
Togo	77	75	59	52	67
Tonga	8	1			
Trinidad u. Tobago	10	21	8	3	1
Tschad	40	36	32	33	32
Tschechische Republik	15	14	15	13	10
Tunesien	604	464	485	786	2 487
Türkei	1 997	2 077	1 660	2 532	9 094

Unerlaubt Eingereiste nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Turkmenistan	3	13	6	14	62
Uganda	17	25	13	7	15
Ukraine	1 584	1 793	2 509	1 744	1 929
Ungarn	2	5	3	6	3
ungeklärt	193	265	263	320	358
Uruguay	6	7	5	7	14
Usbekistan	48	56	81	81	234
Vanuatu				2	12
Venezuela	157	220	180	177	248
Vereinigte Arab. Emirate	20	14	6	4	17
Vereinigte Staaten von Amerika	77	108	47	118	127
Vietnam	426	422	296	559	513
Weißrussland (Belarus)	100	122	106	105	190
Zentralafrikanische Rep.	8	12	5	13	3

Unerlaubt Aufhältige nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Türkei	2 253	2 848	1 399	1 389	3 598
Albanien	1 558	2 248	2 336	2 178	2 850
Afghanistan	956	1 101	920	1 817	3 356
Ukraine	803	1 736	2 197	1 768	856
Syrien	750	797	733	1 359	3 148
Georgien	913	803	1 110	1 483	2 445
China (Volksrep.)	1 937	2 001	1 151	496	987
Algerien	602	608	994	1 425	1 873
Marokko	845	830	876	1 160	1 615
Indien	1 032	1 384	475	569	1 685
Serbien	799	925	1 124	912	1 198
Mazedonien	729	885	896	973	1 388
Russland	1 442	1 402	568	583	772
Iran	1 373	1 495	483	424	933
Irak	1 128	1 094	614	843	928
Vietnam	703	871	722	665	883
Moldau	633	612	737	905	950
Nigeria	675	952	449	424	492
Kosovo	605	635	415	292	634
Tunesien	497	359	280	447	871
Bosnien-Herzegowina	264	364	364	390	663
Pakistan	358	421	271	413	443
Libyen	376	343	323	380	463
Thailand	468	445	202	224	482
Somalia	314	412	301	384	364

Unerlaubt Aufhältige nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Guinea	378	356	294	260	285
Eritrea	407	356	206	257	317
Ghana	285	381	324	286	207
Ägypten	311	353	188	186	419
Kasachstan	266	464	145	129	394
Vereinigte Staaten von Amerika	260	225	188	307	320
Libanon	248	255	138	249	348
Gambia	184	326	249	210	206
ungeklärt	191	221	198	250	264
Aserbajdschan	288	279	96	130	299
Brasilien	235	222	129	126	207
Armenien	328	299	69	69	142
Kenia	255	249	43	63	268
Polen	91	97	156	173	247
Mexiko	172	200	72	84	216
Philippinen	161	141	76	69	236
Kamerun	225	146	72	96	129
Sudan	206	110	89	102	129
Montenegro	77	112	176	108	159
Jordanien	206	120	58	74	151
Äthiopien	154	180	72	75	115
Kolumbien	95	138	83	84	161
Südafrika	130	90	40	37	254
Saudi-Arabien	172	177	21	56	116
Mongolei	113	143	60	19	166
Usbekistan	89	105	40	52	164
Weißrussland	60	93	107	93	83
Indonesien	55	113	29	67	168
Côte d'Ivoire	75	130	66	64	92
Großbritannien	3	1	2	174	233
Senegal	67	109	58	55	88
Venezuela	54	54	54	86	126
Mali	63	99	47	73	80
staatenlos	38	89	62	112	51
Kuba	99	96	49	21	71
Tadschikistan	75	58	55	51	94
Korea, Rep.	68	49	71	56	72
Sri Lanka	108	97	34	25	52
Guinea-Bissau	66	87	55	60	47
Vereinigte Arabische Emirate	89	29	12	29	154
Kanada	67	55	51	61	47

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Unerlaubt Aufhältige nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Argentinien	51	65	49	36	79
Palästina	59	20	7	42	149
Katar	69	57	48	33	69
Israel	54	47	47	67	60
Kuwait	144	60	17	13	40
Bangladesch	57	77	41	39	57
Tansania	48	77	13	19	89
Kirgisistan	36	45	31	18	109
Rumänien	18	29	41	69	79
Jemen	62	54	29	29	59
Sierra Leone	45	55	25	43	50
Uganda	39	47	25	30	72
Burkina Faso	44	54	35	23	37
Australien	40	41	20	53	36
Chile	29	52	40	20	46
Peru	29	46	39	15	54
Dominikanische Republik	71	30	14	22	40
Benin	23	56	31	24	33
Tschad	37	43	29	42	16
Togo	27	32	26	29	41
Angola	49	28	15	15	44
Japan	33	20	28	27	40
Kongo (Dem. Rep.)	20	44	21	20	40
Namibia	26	42	8	7	57
Taiwan (Republik China)	25	24	30	17	29
Lettland	12	12	36	42	22
Nepal	20	32	23	33	16
Bulgarien	10	20	28	19	39
Niger	26	24	16	12	32
Jamaika	38	23	12	6	30
Malaysia	25	18	15	18	30
Liberia	22	26	18	16	18
Mosambik	26	34	4	8	25
Litauen	6	17	24	19	23
Ecuador	11	20	9	14	31
Costa Rica	24	16	7	17	16
Simbabwe	16	18	11	5	28
Turkmenistan	7	8	13	13	37
Singapur	13	13	6	16	27
Myanmar	19	26	9	2	18
Dominica	10	14	22	8	18
Bahrain	16	17	10	7	22

Unerlaubt Aufhältige nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Mauretanien	12	8	14	17	19
Mauritius	25	17	5	6	17
Burundi	2	6	1	2	57
Ruanda	10	19	7	9	23
Kambodscha	18	22	4	4	18
Paraguay	16	7	8	5	19
Südsudan	11	6	8	17	11
Sambia	11	7	9	7	14
Malawi	12	8	3	3	21
Bolivien	6	8	4	3	25
Oman	14	6	7	3	13
Neuseeland	7	9	5	9	9
Frankreich	2	9	4	9	12
Trinidad und Tobago	14	12		3	6
Botsuana	10	11	2	2	8
Slowakische Republik	5	6	8	10	4
Tschechische Republik	1	4	4	12	8
Nicaragua	9	8		2	7
Uruguay	8	6	4	5	2
El Salvador	5	4	2	7	7
St. Kitts u. Nevis	4	4		8	8
Honduras	7	6		2	9
Italien	2	3	2	10	6
Haiti	5	7	3	2	5
Guatemala	2	6	2	2	9
Griechenland	1	1	5	12	2
Madagaskar	9	5	2	1	3
Laos	5	2	5	1	7
Gabun	5	3	3	4	4
Kroatien	1	3		6	9
Ungarn	2	2	3	4	6
Korea (VR)	2	10	1	1	2
Tonga	13			1	1
Spanien	1	2	3	5	4
Äquatorialguinea	4	3	6	1	
Portugal		3	3	4	4
Vanuatu			2	2	9
Dschibuti	3	2	1	3	3
Kongo (Volksrep.)	7	2		2	1
Kiribati					12
Zentralafrikanische Republik	7	2	1	1	1
Seychellen	2	1	1	4	2

Unerlaubt Aufhältige nach Staatsangehörigkeit					
Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Komoren	1	2		3	3
Fidschi	6	2			1
Malediven	2	2			4
Kap Verde	1	2		1	4
Niederlande		1	2	1	4
Barbados	2	2		3	1
Grenada	1		3	2	1
Schweden	1	2		1	3
Suriname	1	1			5
Panama	1	2	3	1	
Belize	1	3	1		1
Bahamas	1	1	1	1	2
Dänemark			1		5
Bhutan	1	2		2	1
Antigua und Barbuda				6	
Belgien		2		3	1
Slowenien			3	1	
St. Lucia		1	1	2	
Estland		1		2	
Österreich	1	1		1	
Swasiland				2	
Guyana	1			1	
Hongkong (SAR VC)				1	1
Brunei Darussalam	1				
Timor-Leste	1				
Lesotho					1
Andorra		1			
San Marino	1				
Malta				1	
Zypern	1				
Finnland					1
Samoa			1		
Norwegen					1
Salomonen					1
Schweiz					1

6. Wie verteilen sich die Feststellungen einer unerlaubten Einreise bzw. eines unerlaubten Aufenthalts seit 2018 auf die verschiedenen Bundespolizeidirektionen (bitte auch nach Jahren differenzieren)?

Die Aufschlüsselungen der festgestellten unerlaubt eingereisten und aufhältigen Personen nach Bundespolizeidirektionen können den nachfolgenden Übersichten entnommen werden (PES):

Unerlaubt Eingereiste nach BPOLD					
	2018	2019	2020	2021	2022
Bundespolizeidirektion					
BPOLD Bad Bramstedt	2 883	2 028	2 543	3 430	2 577
BPOLD Berlin	1 676	1 562	1 328	8 405	7 419
BPOLD Flughafen Frankfurt am Main	6 339	6 969	4 234	6 784	7 457
BPOLD Hannover	810	965	731	1 938	1 966
BPOLD Koblenz	2 061	2 057	1 776	2 644	3 955
BPOLD München	15 110	14 464	13 335	15 699	29 229
BPOLD Pirna	3 200	3 241	3 093	8 002	20 550
BPOLD Sankt Augustin	3 473	3 742	2 999	4 506	4 742
BPOLD Stuttgart	6 478	5 412	5 079	6 058	13 839
Grenzpolizeilich beauftragte Behörden	448	170	285	171	252

Unerlaubt Aufhältige nach BPOLD					
	2018	2019	2020	2021	2022
Bundespolizeidirektion					
BPOLD Bad Bramstedt	684	785	580	836	1 289
BPOLD Berlin	5 097	4 429	4 032	4 585	6 029
BPOLD Flughafen Frankfurt am Main	6 681	6 985	4 204	3 426	7 493
BPOLD Hannover	2 769	3 244	2 307	2 888	4 626
BPOLD Koblenz	1 388	1 368	1 404	1 800	2 151
BPOLD München	3 077	3 785	2 157	2 247	3 902
BPOLD Pirna	1 365	3 159	2 052	3 018	4 609
BPOLD Sankt Augustin	6 928	7 675	6 098	6 295	9 570
BPOLD Stuttgart	1 678	2 062	1 615	1 791	2 785
BPOLD	0	0	0	0	2
Grenzpolizeilich beauftragte Behörden	601	959	841	848	1 104

7. In wie vielen Fällen wurde bei Personen, die an einer deutschen Grenze von der Bundespolizei bei einer unerlaubten Einreise aufgegriffen wurden, seit 2018 ein Asylgesuch registriert, wie viele dieser Personen bzw. wie viele Personen insgesamt (bitte differenzieren) wurden an zuständige Erstaufnahmeeinrichtungen übergeben (bitte nach Jahren, nach Grenzen bzw. Nachbarstaaten, Bundespolizeidirektionen und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Statistische Daten im Sinne der Fragestellung liegen lediglich für den Zeitraum 2019 bis 2022 vor.

Demnach wurden im vorgenannten Zeitraum 70 688 unerlaubt eingereiste Personen festgestellt, die gegenüber der Bundespolizei ein Asylgesuch vorbrachten. Die erbetenen Aufschlüsselungen können den nachfolgenden Übersichten entnommen werden (PES):

Grenze	2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE
Belgien	785	638	717	685	791	767	988	982
Dänemark	89	76	145	140	157	154	126	123
Flughäfen	2 814	2 517	1 165	994	5 671	4 504	3 623	3 558
Frankreich	1 113	877	798	657	1 280	1 066	1 634	1 497
Luxemburg	139	131	73	66	160	149	158	156
Niederlande	175	128	161	140	214	198	206	197
Österreich	1 185	963	795	718	1 581	1 453	2 771	2 478
Polen	276	241	359	250	9 549	7 196	9 520	9 489
Schweiz	1 279	1 174	451	410	923	877	6 006	5 934
Seehäfen	81	68	545	538	464	462	165	163
Tschechische Republik	294	191	383	329	697	654	8 329	8 284
ungeklärt	183	140	134	124	325	302	1 211	1 200

Bundespolizeidirektion	2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE
BPOLD Berlin	444	393	279	189	6 314	4 014	4 905	4 889
BPOLD Bad Bramstedt	173	153	690	680	1 925	1 918	629	625
BPOLD Flughafen Frankfurt am Main	1 405	1 340	481	444	2 339	2 124	1 308	1 263
BPOLD Hannover	220	154	115	96	1 284	398	1 163	1 158
BPOLD Koblenz	903	712	602	538	1 465	1 320	2 185	2 130
BPOLD München	1 273	1 081	836	714	1 380	1 260	3 160	2 860
BPOLD Pirna	781	601	777	669	3 276	3 151	13 305	13 253
BPOLD Stuttgart	2 067	1 838	998	853	1 996	1 829	6 692	6 506
BPOLD Sankt Augustin	1 107	839	876	798	1 801	1 739	1 355	1 342
Grenzpolizeilich beauftragte Behörden	40	33	72	70	32	29	35	35

Staatsangehörigkeit	2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE
afghanisch	718	582	1 061	973	5 894	4 748	7 929	7 791
syrisch	600	514	883	752	2 930	2 463	10 885	10 756
irakisch	720	602	476	444	7 115	5 502	2 127	2 106
türkisch	587	525	414	340	954	827	4 293	4 184
iranisch	614	543	180	168	705	598	1 079	1 073
algerisch	334	265	456	400	665	562	723	659
marokkanisch	432	394	266	245	403	355	460	426
jemenitisch	75	42	38	36	428	286	691	689
nigerianisch	854	743	124	106	103	91	140	136
russisch	267	233	134	105	181	173	550	535
ägyptisch	57	49	45	39	125	116	891	881

Staatsangehörigkeit	2019		2020		2021		2022	
	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE	Gesamt	davon EAE
tunesisch	120	101	139	116	271	232	528	495
libysch	167	138	142	131	207	197	214	203
georgisch	226	207	82	72	142	128	216	209
guineisch	303	249	94	87	70	67	180	177

8. Wie viele Asylgesuche bzw. Asylanträge gab es seit 2018, bei wie vielen Asylgesuchen bzw. Asylanträgen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine vorherige Bearbeitung durch die Bundespolizei bzw. ein Asylgesuch gegenüber der Bundespolizei festgestellt (bitte nach Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Anzahl der gegenüber der Bundespolizei insgesamt vorgebrachten Asylgesuche kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden (PES):

Staatsangehörigkeit	2018	2019	2020	2021	2022
Gesamt	10 798	11 691	7 921	24 599	43 526
<i>davon</i>					
afghanisch	914	1 070	1 460	6 647	13 245
syrisch	582	739	1 021	3 187	11 493
irakisch	909	1 063	715	7 394	2 321
türkisch	556	693	454	1 016	4 408
iranisch	1 176	1 060	285	802	1 509
algerisch	350	454	738	948	892
nigerianisch	1 147	1 077	185	153	239
marokkanisch	348	548	443	597	549
russisch	318	352	147	198	705
tunesisch	197	172	186	341	651
guineisch	492	418	179	119	221
jemenitisch	99	80	46	431	703
ägyptisch	101	68	57	145	901
somalisch	332	246	139	238	225
libysch	212	227	220	282	233

Die Zahl der Asylanträge seit 2018 kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Sortierung der 15 wichtigsten Herkunftsstaaten nach Erstanträgen):

Asylanträge im Jahr 2018			
	Asylanträge gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
Gesamt	185 853	161 931	23 922
<i>darunter:</i>			
Syrien	46 164	44 167	1 997
Irak	18 074	16 333	1 741
Iran	11 846	10 857	989
Nigeria	11 073	10 168	905
Türkei	10 655	10 160	495
Afghanistan	12 251	9 942	2 309
Eritrea	5 920	5 571	349
Somalia	5 754	5 073	681
Ungeklärt	4 849	4 220	629
Russische Föderation	5 282	3 938	1 344
Georgien	4 265	3 764	501
Guinea	3 160	2 873	287
Pakistan	3 442	2 211	1 231
Albanien	2 941	1 877	1 064
Aserbaidschan	2 319	1 783	536

Asylanträge im Jahr 2019			
	Asylanträge gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
Gesamt	165 938	142 509	23 429
<i>darunter:</i>			
Syrien	41 094	39 270	1 824
Irak	15 348	13 742	1 606
Türkei	11 423	10 784	639
Afghanistan	11 306	9 522	1 784
Nigeria	10 533	9 070	1 463
Iran	9 498	8 407	1 091
Ungeklärt	4 228	3 727	501
Somalia	4 154	3 572	582
Eritrea	3 743	3 520	223
Georgien	3 880	3 329	551
Russische Föderation	4 464	3 145	1 319
Guinea	2 771	2 422	349
Pakistan	3 415	2 174	1 241
Moldau (Republik)	2 839	1 771	1 068
Albanien	2 573	1 694	879

Asylanträge im Jahr 2020			
	Asylanträge gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
Gesamt	122 170	102 581	19 589
<i>darunter:</i>			
Syrien	40 570	36 433	4 137
Afghanistan	11 311	9 901	1 410
Irak	11 068	9 846	1 222
Türkei	6 562	5 778	784
Ungeklärt	4 353	3 903	450
Nigeria	4 223	3 303	920
Iran	4 009	3 120	889
Somalia	3 049	2 604	445
Eritrea	2 712	2 561	151
Georgien	2 526	2 048	478
Russische Föderation	2 729	1 700	1 029
Moldau, Republik	2 248	1 284	964
Guinea	1 511	1 268	243
Algerien	1 484	1 205	279
Vietnam	1 179	1 112	67

Asylanträge im Jahr 2021			
	Asylanträge gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
Gesamt	190 816	148 233	42 583
<i>darunter:</i>			
Syrien	70 162	54 903	15 259
Afghanistan	31 721	23 276	8 445
Irak	16 872	15 604	1 268
Türkei	7 873	7 067	806
Ungeklärt	5 764	5 041	723
Georgien	4 322	3 685	637
Somalia	4 090	3 649	441
Eritrea	3 307	3 168	139
Iran	3 670	2 693	977
Nigeria	3 299	2 508	791
Moldau, Republik	5 016	2 390	2 626
Nordmazedonien	4 542	2 332	2 210
Algerien	1 802	1 520	282
Russische Föderation	2 314	1 438	876
Pakistan	1 962	1 256	706

Asylanträge im Jahr 2022			
	Asylanträge gesamt	Erstanträge	Folgeanträge
Gesamt	244 132	217 774	26 358
<i>darunter:</i>			
Syrien	72 646	70 976	1 670
Afghanistan	41 471	36 358	5 113
Türkei	25 054	23 938	1 116
Irak	16 328	15 175	1 153
Georgien	8 865	7 963	902
Iran	7 350	6 322	1 028
Ungeklärt	4 973	4 672	301
Somalia	4 360	3 938	422
Eritrea	4 020	3 923	97
Russische Föderation	3 862	2 851	1 011
Nordmazedonien	5 602	2 755	2 847
Moldau, Republik	5 218	2 589	2 629
Nigeria	3 016	2 363	653
Venezuela	1 841	1 822	19
Libanon	1 945	1 756	189

Bei 69 613 Personen, die in den Jahren 2018 bis 2022 ein Asylgesuch und/oder Asylantrag gestellt haben, wurde eine vorherige Bearbeitung durch die Bundespolizei bzw. ein Asylgesuch gegenüber der Bundespolizei festgestellt. Weitere Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden (Quelle: Ausländerzentralregister, Jahresangaben nach dem jeweils letzten Asylgesuch/Asylantrag):

	2018	2019	2020	2021	2022	Summe
Gesamt	6 298	6 900	5 056	18 931	32 428	69 613
<i>darunter</i>						
Afghanistan	409	498	789	7 944	10 282	19 922
Syrien	556	475	759	2 492	8 793	13 075
Irak	524	633	452	3 838	2 711	8 158
Türkei	415	501	402	731	2 590	4 639
Iran	680	747	292	491	1 020	3 230
Nigeria	790	780	163	129	216	2 078
Ukraine	19	45	36	13	1 424	1 537
Algerien	123	184	244	470	392	1 413
Russische Föderation	201	171	124	192	382	1 070
Marokko	103	134	151	258	255	901

	2018	2019	2020	2021	2022	Summe
Jemen	38	72	45	304	432	891
Georgien	61	248	130	150	288	877
Somalia	205	170	98	146	199	818
Tunesien	96	101	80	209	280	766
Guinea	256	213	98	61	136	764

9. Wie waren die Zahlen zu festgestellten unerlaubten Einreisen, Asylgesuchen (nicht: Asylantragstellungen) und Zurückweisungen im Verlauf des Jahres 2022, jeweils nach Monaten, Grenzabschnitten und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenziert?

Die erbetenen Daten können den nachfolgenden Übersichten entnommen werden (PES):

Unerlaubt Eingereiste 2022 nach Grenzen und Monaten												
Grenze	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Belgien	267	196	228	153	196	241	236	161	239	305	244	255
Dänemark	39	50	65	45	49	68	46	39	55	40	56	72
Flughäfen	844	776	763	766	803	1 065	1 069	1 262	1 233	1 372	1 227	1 181
Frankreich	473	384	422	378	448	460	437	463	445	478	582	609
Luxemburg	51	26	26	48	32	57	53	50	54	60	84	84
Niederlande	236	196	183	154	213	190	198	215	183	217	222	202
Österreich	1 045	985	1 126	1 402	1 321	2 038	1 780	1 983	2 325	3 635	3 077	2 107
Polen	624	492	966	760	833	917	1 278	1 248	1 685	2 336	2 501	1 558
Schweiz	275	248	264	193	296	334	410	576	991	2 390	2 916	1 579
Seehäfen	38	40	58	50	70	75	84	58	56	56	56	50
Tschechische Republik	453	402	516	452	683	1 077	1 199	2 501	5 090	1 934	1 181	583
ungeklärt	95	48	65	103	92	147	151	290	353	344	392	331

Asylgesuche 2022 nach Grenzen und Monaten												
Grenze	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Belgien	66	60	48	26	38	56	40	40	84	123	82	85
Dänemark	4	9	15	10	7	12	15	16	22	23	20	25
Flughäfen	628	802	764	770	666	563	671	635	876	946	860	858
Frankreich	81	63	64	56	66	87	91	112	120	151	176	203
Luxemburg	375	327	353	304	441	582	845	1 310	2 243	1 533	1 341	858
Niederlande	18	4	4	8	6	7	7	15	14	21	29	16
Österreich	19	10	5	7	19	10	16	26	15	26	20	12
Polen	91	137	128	161	136	176	121	151	230	435	336	246
Schweiz	432	313	605	387	414	522	744	795	1 105	1 426	1 339	783
Seehäfen	75	107	92	60	133	169	167	292	621	1 310	1 636	967

Asylgesuche 2022 nach Grenzen und Monaten												
Grenze	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Tschechische Republik	10	8	27	10	17	21	10	22	20	19	36	23
ungeklärt	49	61	182	43	114	254	264	797	1 765	486	279	86

Zurückweisungen 2022 nach Grenzen und Monaten												
Grenze	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Belgien	2	2	1	3	2	53	9	4	2	2	3	3
Dänemark	1	7	0	0	0	30	3	0	0	1	0	0
Flughäfen	456	438	537	491	755	567	536	534	517	530	494	479
Frankreich	11	14	23	14	13	159	24	7	6	29	9	3
Luxemburg	0	0	0	0	0	25	3	0	1	0	1	2
Niederlande	4	3	4	1	3	48	7	2	2	0	6	6
Österreich	596	639	691	881	850	1 332	1 196	1 326	1 574	2 404	1 903	1 283
Polen	3	1	4	1	0	20	17	2	1	2	0	4
Schweiz	23	17	22	14	21	71	35	56	95	536	1 464	1 290
Seehäfen	1	1	1	1	2	32	19	1	0	1	2	1
Tschechische Republik	6	4	7	0	7	71	12	9	50	31	7	6

Unerlaubt Eingereiste 2022 nach Staatsangehörigkeit und Monaten												
Staatsangehörigkeit	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Syrien	632	455	495	616	752	1 142	1 491	2 720	5 037	3 401	3 109	1 675
Afghanistan	517	607	546	592	562	936	1 049	1 363	1 609	2 553	2 858	1 789
Türkei	275	279	334	420	511	774	545	691	1 544	1 556	1 215	950
Irak	352	200	479	320	216	297	421	312	458	387	297	234
Indien	137	118	135	109	172	195	253	341	424	408	335	240
Tunesien	120	121	184	139	175	262	218	242	242	292	319	173
Ägypten	46	38	41	69	72	117	182	178	307	497	373	206
Marokko	149	107	155	89	110	163	150	160	196	237	298	227
Algerien	187	193	185	79	109	149	126	157	169	245	219	177
Ukraine	114	87	143	234	151	151	131	126	139	202	244	207
Georgien	156	127	172	150	181	150	127	128	145	142	205	169
Iran	79	80	95	63	116	113	104	186	232	276	316	159
Albanien	138	144	157	124	147	158	183	137	135	157	148	138
Russland	75	56	91	51	87	85	54	88	88	247	242	239
Pakistan	72	57	59	70	104	138	128	134	113	120	72	97

Asylgesuche 2022 nach Staatsangehörigkeit und Monaten												
Staatsangehörigkeit	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Afghanistan	704	874	737	790	733	758	884	1 018	1 402	1 682	2 123	1 540
Syrien	222	199	170	187	348	482	801	1 605	3 194	1 817	1 589	879
Türkei	92	99	130	157	213	361	215	374	898	827	571	471
Irak	291	168	316	146	111	175	234	177	245	208	121	129

Asylgesuche 2022 nach Staatsangehörigkeit und Monaten												
Staatsangehörigkeit	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Iran	66	58	42	49	96	90	102	162	212	218	265	149
Ägypten	15	16	17	32	28	36	86	90	140	190	179	72
Algerien	76	91	69	34	41	57	62	72	89	121	96	84
Russland	9	14	31	18	25	13	12	43	62	209	159	110
Jemen	39	17	63	46	33	50	85	70	69	94	105	32
Burundi	0	0	0	0	0	0	8	29	84	402	139	12
Tunesien	39	42	46	30	32	38	48	55	71	90	91	69
Marokko	57	40	46	22	27	47	50	53	48	47	51	61
Ukraine	1	84	157	23	6	17	3	10	12	29	30	44
Indien	4	10	31	10	30	22	32	42	42	35	48	42
Kuba	2	-	4	9	11	6	20	9	26	46	74	106

Zurückweisungen 2022 nach Staatsangehörigkeit und Monaten												
Staatsangehörigkeit	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Afghanistan	76	133	132	146	140	292	274	382	440	807	1221	1051
Syrien	132	117	88	136	135	302	245	225	317	739	717	375
Türkei	67	95	100	168	140	200	107	129	191	404	327	259
Albanien	86	104	175	139	177	185	105	102	100	85	90	100
Tunesien	47	56	73	64	96	185	137	123	128	149	151	69
Indien	24	24	27	32	67	56	102	167	189	197	173	125
Marokko	29	15	26	26	45	65	48	55	61	114	159	111
Serbien	62	60	59	53	97	83	48	33	29	37	45	35
Pakistan	25	16	15	37	54	90	75	83	61	63	29	40
Nordmazedonien	28	50	50	51	77	63	36	33	35	31	34	42
Ukraine	43	24	61	100	31	33	17	18	27	37	35	43
Irak	26	11	26	30	16	52	39	32	51	45	69	66
Bosnien-Herzegowina	41	29	55	53	71	37	42	27	33	25	19	29
Georgien	16	35	22	19	32	68	35	23	19	46	32	57
Russland	17	20	23	11	13	37	24	21	20	71	57	71

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

10. Werden im Grenzgebiet aufgegriffene Personen von Bundespolizeibeamtinnen und Bundespolizeibeamten explizit darauf hingewiesen, dass sie jederzeit ein Schutzgesuch vorbringen können, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/3470 erklärte, es bestehe „jederzeit die Möglichkeit, ein Asylgesuch vorzubringen“, und wenn ja, wie geschieht dies genau, und wenn nein, warum nicht, und welche internen Anwendungshinweise und Regeln gelten innerhalb der Bundespolizei für diese Situation (bitte mit Datum und Inhalt auflisten)?

Die Möglichkeit, ein Asylgesuch zu äußern, besteht jederzeit. Im Übrigen wird auf Antwort zu Frage 11 verwiesen.

11. Gibt es bei der Bundespolizei bestimmte Richtlinien oder interne Regeln dazu, wann eine Aussage als Schutzgesuch zu werten ist, und wenn ja, worin bestehen die jeweiligen Kriterien?

Müssen die aufgegriffenen Personen ein bestimmtes Wort oder bestimmte Wörter wie zum Beispiel „Asyl“ äußern (bitte genau benennen), und inwieweit werden die aufgegriffenen Personen über diese informiert?

Wie wird sichergestellt, dass alle Asylsuchenden eine effektive Möglichkeit haben, ein Schutzgesuch vorzubringen, etwa auch durch den Einsatz von dolmetschenden Personen?

In den entsprechenden Bestimmungen ist festgehalten, wie mit Asylgesuchen umzugehen ist.

Ein Asylgesuch liegt entsprechend § 13 Asylgesetz (AsylG) vor, wenn sich aus dem schriftlich, mündlich oder in anderer Weise geäußerten Willen der Drittstaatsangehörigen entnehmen lässt, dass diese in Deutschland um Schutz vor politischer Verfolgung (Artikel 16a Absatz 1 Grundgesetz (GG), § 2 AsylG) oder um internationalen Schutz nachsuchen (Asylsuchende). Der internationale Schutz umfasst sowohl die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft (§ 3 AsylG) als auch den subsidiären Schutz (§ 4 AsylG).

Dabei ist es weder erforderlich noch ausreichend, dass das Wort „Asyl“ gebraucht wird. Auch die Verwendung der Begriffe „Schutz“, „politische Verfolgung“, „subsidiärer Schutz“ etc. ist nicht erforderlich, um das Vorbringen als Asylgesuch zu werten. Aus den Erklärungen der Drittstaatsangehörigen oder den tatsächlichen Umständen muss vielmehr erkennbar sein, dass sie Schutz vor einer aus ihrer Sicht gegebenen politischen Verfolgung oder vor subjektiv empfundenen Gefahren im Sinne des Artikel 16a GG oder der §§ 3 ff. AsylG suchen. Dabei genügt die bloße Behauptung der Gefahr. Ein tatsächlicher Nachweis oder eine Begründung ist gegenüber der Bundespolizei nicht erforderlich. Das Asylgesuch kann auch auf andere Weise zum Ausdruck kommen, etwa durch Gesten.

Bestehen Zweifel, ist von einem Asylgesuch auszugehen. Dies gilt auch, wenn im Nachgang ein anderweitiges oder ergänzendes Vorbringen erfolgt, das eine Neubewertung erfordert, z. B. im Rahmen der Anhörung zur Aufenthaltsbeendigung oder durch einen anwaltlichen Vertreter.

Liegt ein Asylgesuch vor, steht der Bundespolizei kein inhaltliches Prüfungsrecht zu. Dies gilt selbst dann, wenn das Asylgesuch aus Sicht der Bundespolizei unschlüssig, offensichtlich unglaubwürdig, rechtsmissbräuchlich oder sonst unbegründet ist. Die inhaltliche Bewertung obliegt ausschließlich dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Das BAMF wird unverzüglich über das Asylgesuch informiert.

Anlassbezogen werden Sprachmittler oder Dolmetscher hinzugezogen.

12. Wie genau setzt die Bundespolizei Artikel 8 der Asylverfahrensrichtlinie (RL 2013/32/EU vom 26. Juni 2013) um, wonach bei Anzeichen dafür, dass Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die sich in Gewahrsamseinrichtungen oder an Grenzübergangsstellen an den Außengrenzen, einschließlich Transitzonen, befinden, möglicherweise einen Antrag auf internationalen Schutz stellen möchten, die Mitgliedstaaten den Betroffenen entsprechende Informationen über die Möglichkeit hierzu zur Verfügung stellen müssen (bitte möglichst konkret darstellen)?

Besteht an Grenzübergangsstellen jederzeit ein Zugang zu „Sprachmittlungsvorkehrungen“, um die Inanspruchnahme des Asylverfahrens zu erleichtern?

Auf die Antwort zu Frage 11 wird verwiesen.

13. Gibt es bei der Bundespolizei einen Fragebogen für die Durchführung von Einreisebefragungen, und wenn ja, welche Fragen beinhaltet dieser, und wenn nein, wie wird sichergestellt, dass die aufgegriffenen Personen sachlich, verständlich und in vollem Wissen über die Konsequenzen ihrer Antwort danach gefragt werden, ob sie ein Schutzgesuch vorbringen möchten?

Die Verwendung eines Fragebogens zum Anlass der Reise nach Deutschland ist vorgesehen, wenn im konkreten Einzelfall Zweifel bestehen, ob ein Asyl-/Schutzgesuch geäußert werden soll. Er enthält die folgenden Fragen und erfolgt regelmäßig unter Hinzuziehung eines Sprachmittlers:

1. Fühlen Sie sich körperlich und geistig in der Lage, einige Fragen zu Ihrer Reise zu beantworten?
 2. Nennen Sie Gründe für die Einreise und den Aufenthalt in Deutschland.
 3. Wann und warum haben Sie Ihr Herkunftsland verlassen?
 4. Beschreiben Sie Ihre persönliche Situation im Herkunftsland?
 5. Werden Sie im Herkunftsland wegen Ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt oder befürchten Sie, aus diesen Gründen verfolgt zu werden?
 6. Haben Sie andere Gründe vorzubringen, die einer Rückführung in Ihr Herkunftsland entgegenstehen?
 7. Haben Sie bereits früher in einem anderen Staat oder in Deutschland Asyl beantragt? (ggf. wann und wo; Ausgang des Verfahrens?)
 8. Haben Sie Ihren Aussagen noch etwas hinzuzufügen?
-
14. Werden im Grenzgebiet aufgegriffene Personen, gegen die einreiseverhindernde bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahmen ergriffen werden sollen, darüber informiert, dass das Vorbringen eines Schutzgesuches diesen Maßnahmen entgegenstehen würde und sie ein solches jederzeit stellen können, und wenn nein, warum nicht?

Auf die Antworten zu den Fragen 10 und 11 wird verwiesen.

15. Wie lässt sich nach Kenntnis und Einschätzung der Bundesregierung der Anstieg von Zurückweisungen von Personen aus den 15 wichtigsten Asylherkunftsstaaten an der deutsch-polnischen Grenze im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr erklären (siehe Vorbemerkung der Fragesteller), insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Zahl der aufgegriffenen Personen ohne entsprechendes Visum aus den wichtigsten Asylherkunftsländern im selben Zeitraum rückläufig war (13 168 Personen im Jahr 2021 gegenüber 4 325 Personen von Januar bis Juli 2022, Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 20/3470)?

Kausal für den Anstieg der Zurückweisungen an der deutsch-polnischen Grenze im Jahr 2022 gegenüber 2021 dürften neben der deutlichen Zunahme der irregulären Migration in die EU und nach Deutschland im Vergleich zum Vorjahr die bundesweit – auch an der deutsch-polnischen Grenze – vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen anlässlich des G7-Gipfels in Elmau im Zeitraum vom 13. Juni bis 3. Juli 2022 und damit die Möglichkeit zum Ergreifen von unmittelbar anschließenden einreiseverhindernden Maßnahmen im Einklang mit europäischem und nationalem Recht sein.

16. Wie ist zu erklären, dass nach Angaben der Bundesregierung zwischen Januar 2021 und Juli 2022 mehr als 8 000 Personen an der deutsch-polnischen Grenze aufgegriffen wurden, die unerlaubt eingereist waren bzw. sich unerlaubt in Deutschland aufhielten, aber weder zurückgewiesen, zurückgeschoben oder an zuständige Erstaufnahmeeinrichtungen übergeben wurden (Antworten zu den Fragen 7 bis 10 auf Bundestagsdrucksache 20/3470)?

Was ist nach dem Aufgreifen durch die Bundespolizei nach Kenntnis der Bundesregierung mit diesen Personen passiert?

Zur Beantwortung der Frage sind zahlreiche unterschiedliche Konstellationen zu unterscheiden, zu denen gehören: In der PES werden Personen als unerlaubt eingereist oder aufhältig erfasst, wenn die Feststellung in einem zeitlichen Zusammenhang zur unerlaubten Einreise erfolgte bzw. der unerlaubte Aufenthalt zum Zeitpunkt der Feststellung andauerte. Bei der Feststellung unerlaubt eingereister Personen führt dies dazu, dass sie als solche erfasst werden, auch wenn die Feststellung abgesetzt von der Grenze erfolgt und die Bundespolizei gemäß § 71 Absatz 3 AufenthG nicht für die Einleitung aufenthaltsbeendender bzw. -verhindernder Maßnahmen zuständig ist. In diesen Fällen erfolgt eine Übergabe der Person an die zuständigen Landesbehörden, die Maßnahmen in eigener Zuständigkeit prüfen. Zusätzlich ist, sofern eine Zuständigkeit der Bundespolizei gemäß § 71 Absatz 3 AufenthG vorliegt, vor der Einleitung aufenthaltsbeendender bzw. einreiseverhindernder Maßnahmen zu prüfen, ob die Person freiwillig die Bundesrepublik Deutschland verlässt. Sofern dies der Fall ist, wird der Person eine Grenzübertrittsbescheinigung ausgestellt. Ist dies nicht der Fall, ist es möglich, dass die Vornahme der aufenthaltsbeendenden Maßnahme wegen vorliegender faktischer Hindernisse nicht vollzogen werden kann. Dazu können insbesondere nicht verfügbare Haftplätze zur Sicherung der Maßnahme als auch die fehlende Zustimmung des aufnehmenden Staates gehören. In diesen Fällen erfolgt die Weiterleitung der Person an die zuständige Ausländerbehörde.

Bezüglich unerlaubt aufhältiger Personen ist ergänzend anzumerken, dass entsprechende Feststellungen regelmäßig unmittelbar vor der Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland erfolgen. In diesen Fällen ist eine Einleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen obsolet, da die Ausreise von der Person aktiv angestrebt wird und freiwillig erfolgt.

17. Liegen der Bundesregierung Angaben oder Schätzungen dazu vor, wie viele im Grenzgebiet von der Bundespolizei aufgegriffene Personen erst ein Schutzgesuch vorgebracht haben, nachdem aufenthaltsbeendende oder einreiseverhindernde Maßnahmen gegen sie in die Wege geleitet wurden, und wonach genau bemisst sich der Zeitpunkt, zu dem solche Maßnahmen eingeleitet werden?

Statistische Daten im Sinne der Fragestellung werden von der Bundespolizei nicht erhoben.

Die Prüfung aufenthaltsbeendender bzw. einreiseverhindernder Maßnahmen beginnt unmittelbar nach der Feststellung, dass die Person unerlaubt eingereist ist oder unerlaubt einreisen will. Bringt die Person während dieser Prüfung ein Asyl-/Schutzgesuch vor, werden entsprechende Maßnahmen nach dem Asylgesetz geprüft.

18. Wie unterscheiden sich nach Auffassung der Bundesregierung aufenthaltsbeendende von einreiseverhindernden Maßnahmen im Kontext unerlaubt eingereister Personen, insbesondere wenn diese ein Asylgesuch stellen, in rechtlicher und praktischer Hinsicht (bitte so genau wie möglich erläutern), und welche differenzierten Angaben lassen sich ggf. zu aufenthaltsbeendenden bzw. einreiseverhindernden Maßnahmen machen?

Die Bundespolizei ist bei Drittstaatsangehörigen rechtlich verpflichtet, einreiseverhindernde bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu prüfen, wenn diese die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen und deshalb unerlaubt einreisen wollen oder unerlaubt eingereist sind. An den grenzkontrollfreien Binnengrenzen sind als aufenthaltsbeendende Maßnahmen Zurückschiebungen möglich, da die Personen bereits mit Überschreiten der Grenzlinie unerlaubt eingereist sind. Abweichend davon sind an Außengrenzen sowie an Binnengrenzen, an denen vorübergehende Binnengrenzkontrollen wiedereingeführt worden sind, einreiseverhindernde Maßnahmen möglich. Sofern Personen gegenüber der Bundespolizei ein Asyl-/ Schutzgesuch äußern, werden sie grundsätzlich an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet.

19. Wie ist der genaue zeitliche Ablauf einer Bearbeitung durch die Bundespolizei bei Aufgriffen von Personen, die unerlaubt einreisen und gegebenenfalls ein Asylgesuch stellen wollen, und wann, und wie werden statistische Angaben hierzu von der Bundespolizei erhoben bzw. gespeichert (bitte so genau und nachvollziehbar wie möglich darstellen)?

Die Personen, bei denen ein Anfangsverdacht besteht, unerlaubt in das Bundesgebiet eingereist zu sein, werden zur Sachverhaltserforschung und für die sich gegebenenfalls anschließende (grenz-)polizeiliche Sachbearbeitung zur Dienststelle verbracht. Dabei wird die Identität der Person festgestellt, die Person wird befragt und die erforderlichen erkennungsdienstlichen Maßnahmen werden getroffen. Dies umfasst insbesondere die Anfertigung von Lichtbildern und – soweit die Person das sechste Lebensjahr vollendet hat – die Abnahme von Fingerabdrücken. Dabei erfolgt regelmäßig auch ein Abgleich mit der Eurodac-Datenbank. In diesem Zusammenhang werden die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen als Merkblatt in einer verständlichen Sprache übermittelt oder von einem Sprachmittler mündlich vorgetragen. Die Personen erhalten Verpflegung und erforderlichenfalls medizinische Hilfe. Sofern Personen ein Asyl-/ Schutzgesuch äußern, werden sie grundsätzlich an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet. Für die Unterbringung ist die jeweils zuständige Landesbehörde verantwortlich. Unbegleitete Minderjährige werden in die Ob-

hut des Jugendamtes übergeben. Familien werden nicht getrennt, sondern ebenso wie unbegleitete Minderjährige beschleunigt bearbeitet, um die Aufenthaltsdauer in den Diensträumen so kurz wie möglich zu halten.

Das Asyl-/Schutzgesuch wird dokumentiert, sobald es gestellt wird. Die Polizeiliche Eingangsstatisik der Bundespolizei (PES) ist aber keine Verlaufsstatistik und bildet nicht den Verlauf der Vorgangsbearbeitung zu einzelnen Personen ab. Daher ist keine Aussage dazu möglich, ob eine Person im Nachgang zur Feststellung durch die Bundespolizei ein Asyl-/Schutzgesuch an anderer Stelle vorgebracht hat.

Die Erhebung entsprechender statistischer Daten der Bundespolizei im Rahmen der PES ist frühestens sieben Tage nach der Feststellung verfügbar. Abschließende Daten des jeweiligen Monats liegen in der Regel zum 20. Tag des Folgemonats vor.

20. Wie genau sind die Ausführungen der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Schriftliche Frage 24 auf Bundestagsdrucksache 20/4776 zu verstehen, wonach nur 241 von 19 702 Personen, gegen die einreiseverhindernde bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahmen initiiert wurden, „zugleich“ ein Asylgesuch gestellt hätten – bis zu welchem Moment der polizeilichen Bearbeitung und wie müssen bei der unerlaubten Einreise aufgegriffene Personen ein Asylgesuch äußern, damit ihr Gesuch auch statistisch von der Bundespolizei als solches erfasst wird (bitte so genau wie möglich und nachvollziehbar darstellen)?

Von den im Zeitraum Januar bis August 2022 19 702 unerlaubt eingereisten Personen, für welche nach deren Befragung und Prüfung des Einzelfalles eine einreiseverhindernde bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahme vorgesehen war, stellten zum Zeitpunkt ihrer Feststellung 241 ein Asyl-/Schutzgesuch gegenüber der Bundespolizei. Aus den Statistiken der Bundespolizei kann nicht abgeleitet werden, wenn eine Person im Nachgang zur Feststellung durch die Bundespolizei ein Asyl-/Schutzgesuch an anderer Stelle vorgebracht hat.

Da die PES der Bundespolizei keine Verlaufsstatistik ist und insoweit nicht den Verlauf der Vorgangsbearbeitung zu einzelnen Personen abbildet, kann ferner nicht beantwortet werden, welche der ursprünglich für 19 702 Personen vorgesehenen einreiseverhindernden bzw. aufenthaltsbeendenden Maßnahmen tatsächlich im Ergebnis konkret vollzogen worden sind. Die bei der Bundespolizei vorhandenen statistischen Angaben zu vollzogenen einreiseverhindernden bzw. aufenthaltsbeendenden Maßnahmen sind – da es sich nicht um eine Verlaufsstatistik handelt – damit nur bedingt deckungsgleich und können diese Frage nicht konkret beantworten.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 19 verwiesen.

21. Erfolgt die statistische Erfassung des Umstands, dass ein Asylgesuch von unerlaubt eingereisten Personen geäußert wurde, vor oder nach der Einreisebefragung, vor oder nach der Hinzuziehung von dolmetschenden Personen, bzw. welche Regeln und internen Vorgaben gibt es hierzu (bitte ausführen)?

Auf die Antwort zu Frage 19 wird verwiesen.

22. Wie erklärt die Bundesregierung die nach Auffassung der Fragestellenden hohe Zahl von Zurückweisungen von Menschen aus typischen Asylherkunftsländern, die nach ihrer Auffassung im Falle eines Asylgesuchs eigentlich nicht zurückgewiesen werden dürften (siehe Vorbemerkung der Fragesteller, bitte ausführen)?

Die Entscheidung über aufenthaltsbeendende bzw. einreiseverhindernde Maßnahmen an der Grenze oder die Weiterleitung an eine Erstaufnahmeeinrichtung richtet sich nach den maßgeblichen europäischen und nationalen Rechtsvorschriften und den Umständen des Einzelfalls und hängt maßgeblich davon ab, ob die Person ein Asyl-/Schutzersuchen stellt oder nicht. Dies kann die Bundespolizei nicht beeinflussen. Eine Unterscheidung nach den jeweiligen Herkunftsländern ist dabei nicht zulässig.

23. Ist das Wort „grundsätzlich“ in der Aussage der Bundesregierung, bei einem Asylgesuch würden bei einer unerlaubten Einreise aufgegriffene Personen „grundsätzlich an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet“ (Antwort auf die Schriftliche Frage 24 auf Bundestagsdrucksache 20/4776), so zu verstehen, dass dies nicht immer geschieht, und wenn ja, in welchen Fallkonstellationen ist dies der Fall (bitte ausführen und rechtlich erläutern)?

Ja.

Aus Sicht des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) können im Rahmen der vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Landgrenze auf Grundlage der Verwaltungsab-sprachen des BMI Bundesministeriums des Innern und für Heimat mit dem griechischen Migrationsministerium und mit dem spanischen Innenministerium über die Zurückweisung von Schutzsuchenden, die die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen und einen EURODAC-Treffer der Kategorie 1 in Griechenland bzw. Spanien aufweisen, auch Zurückweisungen von Schutzsuchenden nach Griechenland bzw. Spanien erfolgen. Zu den Einzelheiten wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/13857 (dort insbesondere die Antworten zu den Fragen 5 und 6) verwiesen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7311 verwiesen.

24. Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung einen Unterschied für den rechtlichen und praktischen Umgang mit Asylgesuchen von bei der unerlaubten Einreise aufgegriffenen Personen, je nachdem, ob es Binnengrenzkontrollen gibt (wie an der deutsch-österreichischen Grenze) oder nicht, und wenn ja, wie wird dies rechtlich begründet?

Der praktische Umgang und die Sachbearbeitung durch die Grenzbehörden bei Asyl-/Schutzgesuchen von unerlaubt eingereisten Personen ist grundsätzlich unabhängig von der Frage, ob diese Personen im Rahmen von grenzpolizeilichen Maßnahmen unterhalb der Schwelle der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen oder im Rahmen von Kontrollen nach der Wiedereinführung von temporären Binnengrenzkontrollen festgestellt werden und richtet sich nach den einschlägigen europäischen und nationalen Bestimmungen unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls. Im Falle vorübergehend wiedereingeführter Binnengrenzkontrollen kommen vor erfolgter

Einreise auch einreiseverhindernde Maßnahmen in Betracht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 23 verwiesen.

25. Gab es eine Reaktion (Nachfragen, Bewertungen usw.) der EU-Kommission auf das Schreiben von Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, vom 13. Oktober 2022 zur Ankündigung und Begründung weiterer Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze, und wenn ja, welche, und wie hat die Bundesregierung gegebenenfalls reagiert, oder welche Reaktion plant sie?

Die EU-Kommission ist mit dem BMI zur Frage der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Landgrenze im Gespräch.

26. Hat die Bundesinnenministerin geprüft, inwieweit die von ihr in dem genannten Schreiben an die EU-Kommission in Bezug genommene Angabe von 86 000 irregulären Grenzübertritten entlang der Westbalkanroute in den ersten acht Monaten des Jahres 2022 auf mehrfachen Aufgriffen identischer Personen beruhten, und wenn nein, warum nicht, vor dem Hintergrund zahlreicher Berichte über (meist illegale) Zurückweisungen von Schutzsuchenden entlang der Westbalkanroute (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/europarat-asylpolitik-101.html>)?

Welche Einschätzungen hat die Bundesregierung zu dieser Frage?

Das BMI sieht keinen Anlass, die in Rede stehende Mitteilung der Europäischen Kommission über Migration und Asyl [COM (2022) 740 final] vom 6. Oktober 2022, auf welche im Schreiben der Bundesministerin des Innern und für Heimat Bezug genommen wird, und die ihr zugrundeliegenden Erkenntnisse in Zweifel zu ziehen.

27. Mit welcher Begründung soll die von der Bundesinnenministerin in dem genannten Schreiben in Bezug genommene Visumpolitik Serbiens weitere Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze rechtfertigen können, da die Einführung von EU-Binnengrenzkontrollen grundsätzlich nur als letztes Mittel erfolgen darf (vgl. Artikel 25 Absatz 2 des Schengener Grenzkodex, VO (EU) 2016/399) und bereits die politische Einflussnahme auf die Regierung Serbiens offenbar zu einer Änderung dieser Visumpolitik bzw. auch zu einem deutlichen Rückgang entsprechender Migrationsbewegungen geführt hat (laut einer dpa-Meldung vom 8. Januar 2023 habe die restriktivere Einreisepolitik Serbiens auf Druck der Europäischen Union österreichischen Behörden zufolge zu einem Rückgang unerlaubt nach Österreich eingereister Personen um etwa 70 Prozent geführt)?

Die Bundesministerin des Innern und für Heimat hat entschieden, dass die vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Landgrenze auch über den 11. November 2022 hinaus fortgesetzt werden. Daher wurde die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen an dieser Landgrenze mit Wirkung zum 12. November 2022 für die Dauer von sechs Monaten neu angeordnet und auf EU-Ebene mit Schreiben vom 13. Oktober 2022 notifiziert.

Gründe hierfür sind insbesondere

- die besorgniserregende Zunahme des irregulären Migrationsgeschehens entlang der Balkanroute nach Mittel-/Westeuropa bis hin zur deutsch-österreichischen Landgrenze und

- die Entwicklung neuer Migrationshubs in Drittstaaten infolge dortiger Visumliberalisierungsprozesse und deren Auswirkungen auch auf Deutschland.

Das BMI sieht nach sorgfältiger Abwägung keine milderen Maßnahmen zur Eindämmung des irregulären Migrationsgeschehens an der deutsch-österreichischen Landgrenze. Nur temporäre Binnengrenzkontrollen ermöglichen Kontrollen aus bloßem Anlass des Grenzübertritts und das Ergreifen von unmittelbar anschließenden einreiseverhindernden Maßnahmen im Einklang mit europäischem und nationalem Recht. Dies ist weder durch lageabhängige Polizeikontrollen im Grenzgebiet im Rahmen von Artikel 23 des Schengener Grenzkodex noch durch Kontrollen im Inland möglich.

Dem BMI ist bewusst, dass der EuGH in seinem Urteil vom 26. April 2022 zusätzliche Anforderungen stellt, wenn ein Mitgliedstaat temporäre Binnengrenzkontrollen für weitere sechs Monate neu anordnen will. Der EuGH hat klargestellt, dass neue tragende Gründe erforderlich sind, um eine Neu-Anordnung von vorübergehenden Binnengrenzkontrollen nach den Artikeln 25 bis 27 der Verordnung (EU) 2016/399 (Schengener Grenzkodex) zu rechtfertigen. Aus Sicht des BMI sind zu der ursprünglichen Begründung neue Umstände hinzutreten, die eine erneute eigenständige Anordnung der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen nach 25 bis 27 des Schengener Grenzkodex rechtfertigen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 28 verwiesen.

28. Hat auch die Bundespolizei einen entsprechenden Rückgang feststellen können, und wenn ja, werden die Binnengrenzkontrollen zu Österreich entsprechend wieder aufgehoben, nachdem die Bundesinnenministerin in ihrem genannten Schreiben eine kontinuierliche Kontrolle der Erforderlichkeit der Binnengrenzkontrollen auf der Grundlage der weiteren Entwicklung versichert und eine Rückkehr zu grenzkontrollfreien Binnengrenzen als zentrales Ziel bezeichnet hat?

Gemäß Polizeilicher Eingangsstatistik der Bundespolizei wurden im Jahr 2022 insgesamt 22 824 unerlaubte Einreisen über die deutsch-österreichische Grenze festgestellt. Qualitätsgesicherte statistische Daten für den Monat Januar 2023 der Polizeilichen Eingangsstatistik der Bundespolizei liegen noch nicht vor. Eine Aufschlüsselung nach Monaten kann der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Gesamt
1 045	985	1 126	1 402	1 321	2 038	1 780	1 983	2 325	3 635	3 077	2 107	22 824

Das BMI strebt eine Rückkehr zu grenzkontrollfreien Binnengrenzen an, sobald dies migrations- und sicherheitspolitisch vertretbar ist.

29. Wenn die Bundesinnenministerin in dem genannten Schreiben erklärt, nur Binnengrenzkontrollen ermöglichen es, Kontrollen aus „bloßem Anlass des Grenzübertritts“ durchzuführen und „unmittelbar anschließende [...] einreiseverhindernde [...] Maßnahmen im Einklang mit europäischem und nationalem Recht“ zu ergreifen, gilt das nach Auffassung der Bundesregierung auch für um Asyl nachsuchende Personen, und wenn ja, wie wird dies rechtlich begründet, insbesondere dass in diesen Fällen keine Prüfung der Zuständigkeit nach der sogenannten EU-Dublin-Verordnung (EU 604/2013) vor dem Vollzug einreiseverhindernder Maßnahmen erforderlich sein soll?

Drittstaatsangehörige Personen, die ein Asyl-/Schutzgesuch gegenüber der Grenzbehörde vorbringen, werden grundsätzlich an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 23 verwiesen.

30. Unterscheiden sich „unmittelbar“ einreiseverhindernde Maßnahmen rechtlich und tatsächlich von anderen einreiseverhindernden bzw. aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, und wenn ja, inwiefern?

Wie viele solcher „unmittelbar“ einreiseverhindernden Maßnahmen gab es seit 2018 (bitte nach Jahren, den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten und Grenzabschnitten, für 2022 bitte zusätzlich auch nach Monaten, auflisten)?

Das in den vorstehenden Fragen erwähnte Schreiben der Bundesministerin des Innern und für Heimat vom 13. Oktober 2022 spricht von einreiseverhindernden bzw. aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, die unmittelbar an die Feststellung der betreffenden Person anschließen können. Es handelt sich auch hier um einreiseverhindernde bzw. aufenthaltsbeendende Maßnahmen.

31. Weshalb begründet die Bundesinnenministerin in dem genannten Schreiben die Binnengrenzkontrollen zu Österreich mit der Zielsetzung, „einer unkontrollierten und ungesteuerten Zunahme des Migrationsgeschehens und damit einer möglichen Überforderung der Gesellschaft entgegen zu wirken“, was nach Auffassung der Fragestellenden in der Wortwahl und Argumentation an Aussagen ihres Vorgängers Horst Seehofer erinnert, der die Gewährleistung des Rechts auf Asyl von einer „Obergrenze“ abhängig machen wollte und andernfalls vor einer Überforderung der Gesellschaft warnte (vgl. z. B. <https://www.merkur.de/politik/seehofer-will-fluechtlingskrise-gemeinsam-schaffen-zr-5961013.html>)?

Können Einschränkungen des Asylrechts bzw. des Grundsatzes der Reisefreiheit innerhalb der EU nach Auffassung der Bundesinnenministerin mit allgemeinen Belastungen infolge des aktuellen Kriegs in der Ukraine gerechtfertigt werden?

Auf die Antwort zu Frage 27 wird verwiesen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.